

100 Euro Mehr Sofort

Solidarisch für sozialen Zusammenhalt und gegen die Krise

Die gemeinschaftliche Bewältigung der Corona-Pandemie ist auch eine Herausforderung für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Rücksicht zu nehmen, füreinander einzustehen und finanzielle Lasten solidarisch zu teilen, ist das Gebot der Stunde. Regierungen und Parlamente von Bund und Ländern haben die Tragweite der Krise früh erkannt und unverzüglich Hilfen in einem bisher nicht für möglich gehaltenen Umfang bereitgestellt. Die unterzeichnenden Organisationen begrüßen das ausdrücklich.

Auch heute sind es die Ärmsten, die die Folgen der Krise mit besonderer Härte trifft. Grundnahrungsmittel werden spürbar teurer, Dinge des täglichen Lebens werden von zahlungskräftigeren Gruppen stärker nachgefragt und damit schwerer verfügbar. Kindertageseinrichtungen, Schulen und soziale Institutionen mit kostenlosen Essensangeboten sind geschlossen, Hilfsangebote von Tafeln nicht oder nur eingeschränkt zugänglich. Zusätzliche Ausgaben für notwendige Schutzkleidung und Hygieneartikel belasten die Haushalte. Die Betroffenen haben in der Regel längst keine Rücklagen mehr, im Gegenteil. Sie geraten in existenzielle Not. Viele von ihnen zählen

zu den sogenannten Risikogruppen. Zusätzlich zur sozialen Isolation leiden sie unter materiellen Entbehrungen. Sie alle brauchen und verdienen unsere Solidarität und Unterstützung.

In der Sorge für diejenigen, die besonderer Hilfe bedürfen, zeigt sich der Grad an sozialem Zusammenhalt einer Gesellschaft. Die wichtigen und notwendigen Hilfen für Menschen und Unternehmen, denen innerhalb weniger Tage die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Existenz entzogen wurden, zeigen, was die Gesellschaft zu leisten vermag. Trotz der offensichtlichen Mehrbedarfe der Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, fehlt es ihnen bislang an einer gezielten Unterstützung.

Deshalb fordern wir gemeinsam: Stehen wir in der Krise zusammen. Erkennen wir die Not der Ärmsten an und treten wir gemeinsam dafür ein, allen Menschen, die auf existenzsichernde Sozialleistungen angewiesen sind, einen pauschalen Mehrbedarf von 100 Euro monatlich unbürokratisch zukommen zu lassen. Seien wir solidarisch, bewältigen wir die Krise gemeinsam!

Berlin, Mai 2020

Adolf Bauer, Sozialverband Deutschland e.V. * **Christoph Bautz**, Campact e.V. *

Verena Bentele, Sozialverband VdK Deutschland e.V. * **Jochen Brühl**, Tafel Deutschland e.V. *

Annelie Buntenbach, Deutscher Gewerkschaftsbund *

Wolfram Friedersdorff, Volkssolidarität Bundesverband e.V. * **Heinz Hilgers**, Deutscher Kinderschutzbund e.V. *

Miriam Hoheisel, Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V. *

Thomas Krüger, Deutsches Kinderhilfswerk e.V. * **Maria Loheide**, Diakonie Deutschland Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V. * **Andreas Luttmer-Bensmann**, Katholische Arbeitnehmer - Bewegung

Deutschlands e.V. * **Uwe Hiksich**, NaturFreunde Deutschlands e.V. *

Christiane Reckmann, Zukunftsforum Familie e.V. * **Martin Rücker**, foodwatch Deutschland e.V. *

Ulrich Schneider, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V. *

Wolfgang Stadler, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. * **Helena Steinhaus**, Sanktionsfrei e.V. *

Melanie Weber-Moritz, Deutscher Mieterbund e.V.